

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsozialdemokratiemöglich

Abrüstung wieder zum Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik machen

Die SPD darf Aufrüstungslogik nicht übernehmen

Der Antikriegstag, der weltweit am 1. September zu Frieden aufruft und sich gegen kriegerische Auseinandersetzungen stellt, ist für uns einmal mehr Anlass, die Bedeutung von Abrüstungs- und Friedenspolitik zu betonen.

Wir wollen Abrüstung wieder zum Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik machen. Deutschland darf sich nicht an einem neuen Wettrüsten beteiligen. Die SPD darf nicht die Logik übernehmen, dass durch Aufrüstung Abschreckung erfolgreich sei.

Wir nehmen den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen in Fragen der Friedenspolitik wieder auf.

Deutschland ist heute nach wie vor einer der größten Waffenexporteure weltweit. Ein Großteil der Waffen geht zwar an NATO-Staaten und solche, die ihnen gleichgestellt sind. Doch das Auftauchen deutscher Waffen in Krisengebieten macht deutlich, dass der Endverbleib dieser Waffen offenbar nicht kontrolliert wird.

Die politischen Richtlinien zum Rüstungsexport haben in der Praxis keine Bindungskraft. So spielt die Einhaltung der Menschenrechte in den Empfängerländern nicht die Rolle, wie die Bundesregierung glauben machen will. Deutschland beliefert inzwischen beispielsweise auch Drittstaaten, die zuvor keine deutschen Kriegswaffen erhalten haben oder in spannungsgeladenen Regionen liegen. Ein bemerkenswert großer Teil der Exporte wird an Entwicklungsländer geliefert. Diese Praxis kann dort Frieden und Entwicklung beeinträchtigen.

Hinzu kommen fehlende parlamentarische Kontrollmöglichkeiten, mangelnde Transparenz und die Abwesenheit einer öffentlichen Diskussion über das Pro und Contra deutscher Rüstungsausfuhren. Da der jährlich erscheinende Rüstungsexportbericht der Bundesregierung mit Verzögerung veröffentlicht wird und der Bundessicherheitsrat, der über Rüstungsexporte entscheidet, geheim tagt, mangelt es sowohl an einer öffentlichen als auch an einer parlamentarischen Debatte über diese Exporte. Da Rüstungsausfuhren politisch wie gesellschaftlich bedeutsam sind und weitreichende Folgen in den Empfängerländern haben können, muss der Bundestag bei Entscheidungen über diese Exporte abstimmen. Daher fordern wir, dass die Parlamentarier*innen im Vorfeld über geplante Exporte informiert werden. Alle Exporte müssen außerdem vorab vom Parlament genehmigt werden.

Die Zuständigkeit von Rüstungsexporten muss außerdem vom Wirtschaftsministerium aufs Auswärtige Amt übertragen werden. Denn Rüstungsexporte sind keine Frage der Wirtschafts- sondern der Außen- und Friedenspolitik.

Im Zuge von Kooperation im Rahmen von NATO und EU wird immer wieder behauptet, das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz schädige die Bündnisfähigkeit des Landes. Eine Modifizierung oder gar Abschaffung dieses Gesetzes wäre jedoch bedenklich: Denn Bündnisfähigkeit ist kein Selbstzweck.

Einsätze der Bundeswehr müssen demokratisch legitimiert werden. Dies ist vor allem unter friedenspolitischen Gesichtspunkten wichtig. Gerade durch die Beteiligung des Bundestages an der Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr, wird militärische Gewalt laut der Theorie des demokratischen Friedens unwahrscheinlicher. Wenn eine Militärintervention bspw. als illegitim angesehen wird, ist es gut möglich, dass ein Mandatsentwurf gar nicht erst ins Plenum eingebracht wird.

Ein starker Parlamentsvorbehalt ist aber auch noch aus einem anderen Grund bedeutsam. Die sicherheitspolitischen Programme der Regierung (Weißbücher, Verteidigungspolitische Richtlinien) verlieren immer mehr den normativen Bezug zum Grundgesetz mit seinem Friedensgebot. Gerade deswegen müssen die Abgeordneten, den Einsatz von Militär kritisch überwachen und abstimmen. Vor dem Hintergrund des neuen atomaren Wettrüstens ist der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen. Darüber muss der Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“ mit dem Abzug der US-Atombomben aus Büchel vollzogen werden.

Zentral ist außerdem die weitere Stärkung von Konfliktprävention und ziviler Konfliktbearbeitung. Denn Konflikte entstehen nicht einfach im luftleeren Raum. Sie kündigen sich lange Zeit im Vorfeld an. Ihr Ausbrechen zu einem gewaltsamen Konflikt könnte vielfach verhindert werden, wenn rechtzeitig mit diplomatischen Mitteln eingegriffen würde. Die Vergangenheit hat außerdem gezeigt, dass der Einsatz von Militär die Konflikte in den meisten Fällen nicht lösen konnte. Dazu bedarf es immer einer nachhaltigen politischen und zivilen Strategie. Deutschland muss in diesem Bereich seine Kapazitäten weiter ausbauen und sich wieder als Friedensmacht etablieren.